

Antrag P15: Wir machen Politik anders! Durchschnittslohn für unsere Abgeordneten

Antragsteller*in:

Antikapitalistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Wir machen Politik anders! Durchschnittslohn für unsere Abgeordneten**
- 2 Die Abgeordneten der Linken im Deutschen Bundestag behalten von ihren
- 3 mandatsbedingten Einnahmen für ihren persönlichen Gebrauch nur den durchschnittlichen
- 4 (Median) Lohn von in Vollzeit in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer*innen. Über
- 5 die Verwendung der darüberhinausgehenden Einnahmen entscheidet die Partei. Ein Teil
- 6 der Gelder dient zur Einrichtung von Sozialfonds zur direkten Hilfe von Menschen in
- 7 sozialen bzw. finanziellen Notlagen.

Begründung

In der Tradition der Arbeiterbewegung wurden Mandate stets als kollektives Gut der Bewegung verstanden, nicht als Besitz einzelner Mandatsträger. Es ist bewährte Methode, auf einen Teil der Diäten zuzugreifen und im Sinne der Arbeiterbewegung zu verwenden.

Damit werden mehrere Ziele erfüllt. Eine Deckelung der Abgeordnetendiäten auf den deutschen Medianlohn würde das teils unwürdige Hauen und Stechen um sogenannte aussichtsreiche Listenplätze zumindest dämpfen. Alle unsere Abgeordneten wären dann über jeden Verdacht erhaben, ihre Mandate zum persönlichen Vorteil anzustreben.

Gegenüber der Bevölkerung unterstreichen wir unseren Anspruch, Politik anders zu machen als die anderen. Wir machen deutlich, dass unsere Partei und ihre Abgeordneten nicht als Selbstzweck Mandate anstreben, sondern um etwas für unsere Klasse zu erreichen. Insbesondere wenn ein Teil der Abgaben auch als direkte Hilfe an Menschen in finanziellen Notlagen fließt.

Unter dem Stichwort Die Linke hilft wird gerade in ganz Deutschland die Infrastruktur an Sozialsprechstunden und Beratungen auf- und ausgebaut, die zur Zahlung von direkter Hilfe notwendig sind. Diese Strukturen würden durch die Einrichtung von Sozialfonds enorm aufgewertet werden.

In Absprache mit der Partei kann natürlich über notwendige Freibeträge (bspw. Kinder, Pflege von Angehörigen) und Härtefälle entschieden werden. Wichtig dabei ist, dass Ausnahmefälle nicht zum Regelfall werden.

Natürlich ist ein Übergang vom bisherigen Zustand zur neuen Praxis notwendig. Mit Blick auf die Bundestagswahlen bleibt uns allerdings nur noch sehr wenig Zeit. Wir schlagen daher vor, dass möglichst viele Abgeordneten möglichst umgehend voran gehen. Darüber hinaus sollte die Bereitschaft dafür bei den Aufstellungen der Landeslisten zum Kriterium werden und die neue Praxis in den Mandatsträgervereinbarungen verankert werden.

Die Linke als sozialistische Partei vertritt bereits ein ganz anderes politisches Programm als die anderen Parteien. Zeit, dass darauf auch eine ganz andere politische Praxis folgt.